

FREIBERUFLER-TICKER vom 5. Februar 2016

1. BVerfG entscheidet zur interprofessionellen Zusammenarbeit

Nach dem [Urteil](#) des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) vom 2. Februar 2016 sind die in § 59a Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) enthaltenen Regelungen zur interprofessionellen Zusammenarbeit insoweit verfassungswidrig, als sie eine gemeinschaftliche Berufsausübung zwischen Rechtsanwälten und Ärzten beziehungsweise Apothekern in Form einer Partnerschaftsgesellschaft untersagen. Bisher durften sich Rechtsanwälte ausschließlich mit ihren Kollegen, Patentanwälten, Steuerberatern, Steuerbevollmächtigten, Wirtschaftsprüfern und vereidigten Buchprüfern beruflich zusammenschließen. Das Gericht hat in seiner Begründung jedoch den Schutz der anwaltlichen Verschwiegenheitspflichten betont. Es bestehe aus Rechtsschutzzwecken ein grundsätzliches Bedürfnis, die Zusammenarbeit von Rechtsanwälten mit anderen Berufen einzuschränken. Das gelte jedoch nicht bei einem Zusammenschluss mit Ärzten und Apothekern, die einer vergleichbaren beruflichen Verschwiegenheitspflicht unterliegen.

2. BMWi veröffentlicht aktuellen EU-Mittelstandsmonitor

28 von insgesamt 89 Vorhaben aus dem Arbeitsprogramm der EU-Kommission für das Jahr 2016 sind für den Mittelstand besonders wichtig. Dies geht aus dem aktuellen [EU-Mittelstandsmonitor](#) hervor, der gemeinsam durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) und Wirtschaftsverbände erstellt wurde. Die Vorhaben im Jahr 2016 betreffen insbesondere Maßnahmen, die zur Umsetzung der Binnenmarktstrategie, der Handels- und Investitionsstrategie und des Aktionsplans zur Mehrwertsteuer vorgesehen sind. Der Monitor wird stets aktualisiert und erleichtert das Auffinden aller mit den aktuellen EU-Vorhaben zusammenhängenden Informationen und Dokumente. Die in dem Monitor zusammengestellten Vorhaben sind nach dem „Ampelprinzip“ gekennzeichnet. Die Farbe Rot signalisiert eine hohe Mittelstandsrelevanz. Diese Kennzeichnung sollte Unternehmen, Verbände und politische Entscheidungsträger ermutigen, sich frühzeitig mit dem betreffenden Vorhaben zu beschäftigen. Gelb gekennzeichnete Vorhaben sind eventuell mittelstandsrelevant, grüne eher nicht. Der BFB hat sich im Vorfeld erneut an der Erstellung des EU-Mittelstandsmonitors beteiligt und seine Einschätzungen zur Mittelstandsrelevanz der verschiedenen EU-Vorhaben übermittelt.

3. Neues Abkommen für transatlantischen Datenaustausch in Sicht

Am 2. Februar 2016 hat das Kommissionskollegium die [politische Einigung](#) zwischen der EU und den USA bezüglich eines neuen Abkommens für den transatlantischen Datenaustausch gebilligt und Vizepräsident Ansip sowie Justiz-Kommissarin Jourová mit dem Mandat ausgestattet, die noch notwendigen Schritte für das Inkrafttreten des Abkommens zu unternehmen. Das neue Abkommen soll die Grundrechte von EU-Bürgern effektiv schützen und Unternehmen Rechtssicherheit geben. Es war notwendig geworden, weil der EuGH in seinem [Urteil](#) vom 6. Oktober 2015 das sogenannte Safe-Harbor-Abkommen mit den USA für ungültig erklärt hatte. Ansip und Jourová zufolge sei die neue Vereinbarung ein „lebendiger Mechanismus“, der ständig auf seine Funktionstüchtigkeit überprüft werden könne. Die wichtigsten Elemente sind 1.) umfangreiche Pflichten für US-Unternehmen, die Daten verarbeiten, und eine effektive Überwachung, ob diesen auch entsprochen wird; 2.) eindeutige Transparenzvorgaben und Einschränkungen für den Zugriff von US-Behörden auf die persönlichen Daten von EU-Bürgern und 3.) der effektive Schutz der Rechte von EU-Bürgern.

4. Gesetz zur außergerichtlichen Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten passiert Bundesrat

Der Bundesrat hat am 29. Januar 2016 das Gesetz zur außergerichtlichen Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten ([3/16](#)) passieren lassen. Unternehmer müssen Verbraucher über die Möglichkeit der außergerichtlichen Streitbeilegung informieren. Die nun einzurichtenden sogenannten Verbraucherschlichtungsstellen müssen bestimmte Anforderungen zu Fachwissen, Unparteilichkeit, Unabhängigkeit und Transparenz erfüllen. Die Einhaltung der Vorgaben wird durch staatliche Stellen geprüft. Das Gesetz setzt die [Europäische Richtlinie über alternative Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten und zur Durchführung der Verordnung über Online-Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten](#) um.

5. Bundesrat sieht Handlungsbedarf bei Reform der Verwertungsgesellschaften

Der Bundesrat fordert Verbesserungen bei der Reform der Verwertungsgesellschaften. In seiner [Stellungnahme](#) bittet er die Bundesregierung, sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass eine Beteiligung der Verleger an den gesetzlichen Vergütungsansprüchen auch künftig möglich bleibt. Ferner regt er an, im weiteren Gesetzgebungsverfahren die Kriterien zur Bestimmung der Höhe der Vergütung für Geräte und Speichermedien gesetzlich zu konkretisieren und Vertreter der Verbraucherverbände in das Aufsichtsgremium einer Verwertungsgesellschaft zu berufen. Das neue Verwertungsgesellschaftengesetz (VGG) ([634/15](#)) soll die [EU-Richtlinie über die „kollektive Wahrnehmung von Urheberrechten“](#) umsetzen und regelt unter anderem den Ausschluss der Verleger von Einnahmen aufgrund gesetzlicher Vergütungsansprüche. Der Gesetzentwurf wird zusammen mit der Stellungnahme des Bundesrates und einer Gegenäußerung der Bundesregierung dem Bundestag zur Entscheidung zugeleitet.

6. Start der REFIT-Plattform

In Brüssel hat die erste Sitzung der [REFIT-Plattform](#) stattgefunden. Mit Hilfe dieser Plattform soll der Verwaltungsaufwand künftiger EU-Rechtsvorschriften verringert werden. Sie besteht aus zwei ständigen Gruppen – eine für Sachverständige aus den Mitgliedstaaten (Gruppe der Regierungsvertreter) und eine für Vertreter der Wirtschaft, der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft (Gruppe der Interessenträger). Die Arbeit der REFIT-Plattform stützt sich auf die Beiträge ihrer Mitglieder, vor allem auf der Grundlage der Anregungen der Öffentlichkeit über das Online-Portal [Lighten the Load](#), um Vorschläge für eine Verringerung von unnötigem Verwaltungsaufwand zu unterbreiten, mit dem der Bürger im Alltag konfrontiert ist. Die Mitglieder der Plattform werden die Beiträge bewerten und nach praktischen Möglichkeiten für die Umsetzung der Vorschläge suchen.

7. Konsultation der EU-Kommission zur Reform des Mitteilungsverfahrens

Wie in der neuen [EU-Binnenmarktstrategie](#) angekündigt, soll es eine Reform des Mitteilungsverfahrens („notification procedure“) im Rahmen der [Dienstleistungsrichtlinie](#) geben. In einem ersten Schritt hat jetzt die EU-Kommission hierzu eine öffentliche [Konsultation](#) gestartet, die noch bis zum 19. April 2016 laufen wird. Dabei interessiert die EU-Kommission in besonderem Maße, wie die das gegenwärtige Mitteilungsverfahren eingeschätzt und potentielle Reformvorschläge gesehen werden.

8. Homepage der Allianz für Aus- und Weiterbildung ist online

Zur Stärkung der dualen Ausbildung hat die Bundesregierung Ende 2014 mit Vertretern der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der Bundesagentur für Arbeit und der Länder gemeinsam die

Allianz für Aus- und Weiterbildung ins Leben gerufen. Am 1. Februar 2016 ist die [Website](#) der Allianz für Aus- und Weiterbildung online gegangen. Diese bietet kompakt Informationen über zentrale Themenfelder und Maßnahmen, auch für Flüchtlinge, sowie die Partner der Allianz für Aus- und Weiterbildung. Weiterhin sind Bündnisse der Länder beschrieben.

9. Digitale Zukunft in überbetrieblichen Bildungszentren – Neues Förderprogramm gestartet

Beim Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) können ab sofort Projektanträge im neuen, vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gestarteten Förderprogramm [„Digitalisierung in überbetrieblichen Berufsbildungsstätten \(ÜBS\) und Kompetenzzentren“](#) eingereicht werden. Überbetriebliche Bildungszentren ergänzen die duale Berufsausbildung durch eine überbetriebliche Komponente und unterstützen so insbesondere die Ausbildungsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), in denen die neuen digitalen Zukunftstechnologien nicht von Beginn an Einzug halten können. Durch die Förderung von „ausgewählter Ausstattung“ in überbetrieblichen Bildungszentren im Bereich der Digitalisierung will das Sonderprogramm zur Modernisierung der Ausbildung von Fachkräften – insbesondere in KMU – beitragen.

10. Informationen für Arbeitgeber zur Beschäftigung von Flüchtlingen im BA-online-Angebot

Laut Mitteilung vom 3. Februar 2016 hat die Bundesagentur für Arbeit (BA) im online-Angebot einen Überblick zu wesentlichen Rahmenbedingungen für Arbeitgeber zusammengestellt. Unter diesem [Link](#) sind zum Beispiel Informationen zu finden, unter welchen Voraussetzungen eine Arbeit oder Ausbildung möglich ist, was bei einem Praktikum beachtet werden muss oder welche finanziellen Unterstützungsleistungen Arbeitsagenturen und Jobcenter gewähren können. Darüber hinaus werden häufig gestellte Fragen beantwortet, zum Beispiel was eine Arbeitsmarktprüfung beinhaltet oder wie geflüchtete Menschen entlohnt werden.

11. Exzellenzinitiative: Bund und Länder nehmen Bericht entgegen

Seit September 2014 hat die von Bund und Ländern eingesetzte internationale und unabhängige Expertenkommission die Exzellenzinitiative und ihre Auswirkungen auf das deutsche Wissenschaftssystem evaluiert. Am 29. Januar 2016 hat sie nun den [Endbericht](#) vorgestellt. Darin bewertet die Kommission die Exzellenzinitiative als erfolgreiches Instrument zur Verbesserung der Qualität und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Wissenschaftssystems. Es ist vorgesehen, in der Sitzung der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) am 22. April 2016 eine neue Bund-Länder-Vereinbarung in Nachfolge der Exzellenzinitiative zu beschließen und sie den Regierungschefs von Bund und Ländern im Juni dieses Jahres zur Entscheidung vorzulegen.

12. Koalitionsfraktionen thematisieren „Arbeitswelt von morgen“

Die Fraktionen von CDU/CSU und SPD haben in der Bundestagssitzung am 29. Januar 2016 den Antrag „Innovative Arbeitsforschung für eine Humanisierung unserer Arbeitswelt und mehr Beschäftigung“ ([18/7363](#)) eingebracht. Unter anderem wird die Bundesregierung aufgefordert, „im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel“ die einzelnen Förderschwerpunkte des Forschungsprogramms „Innovation für die Produktion, Dienstleistung und Arbeit von morgen“ zeitnah auf Basis der Forschungsergebnisse umzusetzen. Außerdem soll das Programm noch in dieser Legislaturperiode um weitere Schwerpunkte ergänzt werden.

13. Konsultation der EU-Kommission über die Berichterstattung zu nicht-finanziellen Informationen

Die EU-Kommission hat eine öffentliche [Konsultation](#) zu unverbindlichen Leitlinien über die Methode der Berichterstattung von nicht-finanziellen Informationen eröffnet. Ziel ist es, der EU-Kommission Vorschläge gemäß Artikel 2 der Richtlinie [2014/95/EU](#) zur Erstellung von unverbindlichen Leitlinien im Hinblick auf die Angabe nicht-finanzieller und die Diversität betreffender Informationen durch große Unternehmen von öffentlichem Interesse zu unterbreiten. Durch die Leitlinien soll den Unternehmen künftig eine Methodologie für die Offenlegung von nicht-finanziellen Informationen an die Hand gegeben werden. Die Konsultation läuft noch bis zum 15. April 2016.

14. EU-Kommission legt Vorstellungen zur Öffnung internationaler Beschaffungsmärkte vor

EU-Unternehmen werden häufig diskriminiert, wenn sie öffentlichen Stellen in Drittstaaten ihre Waren und Dienstleistungen anbieten. Die EU-Kommission hat vor diesem Hintergrund Ende vergangener Woche einen [Vorschlag](#) für ein Instrument vorgelegt, mit dem der offene Zugang zu Märkten für die Vergabe öffentlicher Aufträge weltweit gefördert werden soll. Mit dem neuen Instrument könnte die EU-Kommission in Fällen von angeblicher Diskriminierung von EU-Unternehmen auf Märkten für die Vergabe öffentlicher Aufträge zukünftig eine öffentliche Untersuchung einleiten. Sollte eine solche Untersuchung ergeben, dass diskriminierende Beschränkungen existieren, so würde die EU-Kommission das betroffene Land zu Konsultationen über die Öffnung seines Beschaffungsmarktes einladen. Als letzte Möglichkeit könnte die EU-Kommission das Instrument dergestalt anwenden, dass Angebote für Waren und Dienstleistungen aus dem betroffenen Land im Vergleich zu anderen Angeboten so gesehen würden, als wäre ihr Preis höher als dies tatsächlich der Fall ist. Dadurch wiederum hätten die Waren und Dienstleistungen aus EU-Staaten sowie anderen Drittländern einen Wettbewerbsvorteil. Um dies zu vermeiden, sollten die betroffenen Drittländer angehalten werden, ihre diskriminierenden Praktiken einzustellen.

15. Bevölkerung steigt auf mindestens 81,9 Millionen

Diese [Schätzung](#) hat das Statistische Bundesamt Ende vergangener Woche veröffentlicht. Danach dürfte sich die Einwohnerzahl Deutschlands 2015 von knapp 81,2 Millionen am Jahresanfang auf mindestens 81,9 Millionen Menschen zum Jahresende erhöht haben.

16. Rund jeder fünfte Gründer ist Migrant

Zu diesem Ergebnis kommt die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in einer [Untersuchung](#), die am 1. Februar 2016 veröffentlicht worden ist. Im Jahr 2014 haben sich 915.000 Personen in Deutschland selbstständig gemacht. Darunter waren rund 179.000 Migranten. Im langjährigen Mittel ist etwa jeder fünfte Gründer Migrant, besitzt also die deutsche Staatsangehörigkeit nicht oder nicht von Geburt an. Der Anteil von Migranten an den Gründern ist laut KfW in den vergangenen Jahren leicht gestiegen. Die Selbstständigkeitsentscheidung von Migranten hänge stärker vom Arbeitsmarkt ab als bei den Erwerbsfähigen im Allgemeinen. Oft sei ein Mangel an attraktiven Erwerbsalternativen Motiv für die Gründung.

17. Save the Date: Jahrestagung „Passgenaue Besetzung“

Die Jahrestagung „Passgenaue Besetzung“ findet vom 9. bis 10. Mai 2016 im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) in Berlin statt. Das jährliche Treffen bietet die Gelegenheit zum Erfahrungs- und Informationsaustausch, um Neuerungen und Weiterentwicklungen in dem [Förderprogramm](#) zu besprechen. Weitere Einzelheiten stehen derzeit noch nicht fest.

18. Konferenzen der EU-Kommission – Terminankündigungen

Die Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU der EU-Kommission veranstaltet im Laufe der nächsten Monate drei Konferenzen in Brüssel, welche thematisch insbesondere für Vertreter der Freien Berufe von Interesse sind. So ist für den [18. März 2016](#) eine Veranstaltung zum Europäischen Berufsausweis geplant. Nach gegenwärtigem Stand wird sich dann am [18. April 2016](#) eine Konferenz mit den Ergebnissen der gegenseitigen Evaluierung („Transparenzinitiative“) sowie den geplanten Folgemaßnahmen im Rahmen der neuen EU-Binnenmarktstrategie befassen. Schließlich ist für die [erste Juniwoche 2016](#) eine Konferenz zu Gemeinsamen Ausbildungsrahmen vorgesehen.

19. Tag der offenen Tür der Bundesregierung am 27. und 28. August 2016

Das Bundeskanzleramt, die Bundesministerien und das Bundespresseamt laden am 27. und 28. August 2016 wieder zum Tag der offenen Tür ein. Weitere Details sollen Mitte des Jahres folgen.